

Rentenversicherungszwang für Selbständige – Argumente unter der „Gürtellinie“



Wirtschaft Finanzen Recht Versicherung

© Pixabay

Der Vorsitzende des Arbeitnehmerflügels der CDU, Karl-Josef Laumann, hat am Wochenende erneut einen Versicherungszwang für Selbständige gefordert. Seine Argumente stellen Selbständige als „Schmarotzer“ unter Generalverdacht.

Rentenversicherungspflicht für Selbständige ist in den letzten Wochen wieder ein begehrtes Thema geworden. Der Grundsätzliche Gedanke – nicht nur um die Rentenkassen zu füllen – stößt sicher nicht nur auf Widerstand. Bisherige Versuche, Selbständige zur Altersvorsorge zu verpflichten, scheiterten.

Gegenüber der "Rheinischen Post" sagte Laumann, es könne nicht sein, dass der Staat jeden Arbeiter zwingt, mit rund 1000 Euro im Monat für das Alter vorzusorgen, während die Selbständigen nichts tun müssten. "Ein Selbständiger kann nicht darauf setzen, dass er sein Geld verbraucht und später der Steuerzahler einspringt."

Dieser Generalverdacht, dass Selbständige im Alter darauf bauen von Steuergeldern finanziert zu werden, ist ein Argument weit unter der „Gürtellinie“. Zahlreiche Selbständige benötigen heute schon ein Aufstockung über Hartz IV. Weitere Selbständige kämpfen damit, die hohen Abgaben zu stemmen oder die Steuerverschwendungen der Politiker zu finanzieren. Ein Selbständiger (natürlich auch ein Angestellter) verbraucht sein Geld auch, um mit Steuergeldern die Pensionen der Beamten und Politiker zu finanzieren, die sich „am Füllen der Rentenkassen“ nicht beteiligen und tatsächlich im Alter auf Steuergelder bauen können.

Einige Bundestagsabgeordnete dürfen bereits mit 56 Jahren und mit der vollen Pension in den Ruhestand gehen, berichtete bereits die [Welt](#). Finanziert auch von den Steuergeldern der Selbständigen, die sich keine eigene Altersversorgung leisten können. Welche Vorverurteilungen

von Politikern müssen Selbständige noch ertragen, bis auch in den Reihen der Politiker und Beamten über eine Beteiligung an der Rentenkasse nachgedacht wird?

Vielleicht gab es auch nur ein Missverständnis im Zitat und Laumann wollte sagen: "Ein Politiker (statt Selbstständiger) kann nicht darauf setzen, dass er sein Geld verbraucht und später der Steuerzahler einspringt."

Max Schreiber